

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verlags- und Druckerei-Verlag von Rudolf Wolff in Berlin

Waldgelände bei Chaules zurückerobert.

Antlich. Großes Hauptquartier, 14. Oktober. Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem nördlichen Teile der Front sehen die Engländer wie an den vorhergehenden Tagen ihre rege Aufklärungs-tätigkeit fort.

Die Sommeschlacht dauert an. Eine Wiederholung der feindlichen Angriffe nördlich der Somme in der großen Breite, wie am 12. Oktober, gelang in unserem Obersektor nicht. Zwischen der Auzer und Morval kam nur ein harter Teilangriff bei Guedecourt zur vollen Ent-wicklung; er wurde abge schlagen.

Die aus der Linie von Morval bis südlich von Douha-vencés vorbereiteten Angriffe führten fast durchweg zu schweren Rückschlägen, in denen die französische Infanterie aber allmählich die Initiative wieder erlangte. Zwischen der Auzer und Morval kam nur ein harter Teilangriff bei Guedecourt zur vollen Ent-wicklung; er wurde abge schlagen.

Die aus der Linie von Morval bis südlich von Douha-vencés vorbereiteten Angriffe führten fast durchweg zu schweren Rückschlägen, in denen die französische Infanterie aber allmählich die Initiative wieder erlangte. Zwischen der Auzer und Morval kam nur ein harter Teilangriff bei Guedecourt zur vollen Ent-wicklung; er wurde abge schlagen.

Im Maasgebiet vorübergehend heftig gesteigerte Artillerietätigkeit. Westlich der Maas einzelne bedeutungslose Sandgranatentwürfe und schwächere ergebnislose feindliche Vorstöße.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

An vielen Stellen der Front westlich von Luck rege Ge-schäftstätigkeit.

Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

Die Verfolgung an der Ostfront machte gute Fort-schritte. Auch an der Straße Sit-Szereda-Ghmes-pah hat der Gegner nachgegeben.

An den Grenzpfählen des Burzenlandes gewannen die verbündeten Truppen Gelände. Die Rumänen böhnten hier 292 Gefangene, darunter 8 Offiziere, sowie 6 Ma-schinengewehre ein. Westlich des Bultapasses wurden feindliche Angriffe im Gegenstoß abge schlagen; an einer Stelle hat der Gegner auf der Kamminie Duf gefast.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Seeerzgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Keine Ereignisse.

Mazedonische Front.

Im Cernabog geschritten die erneuten, auch nachts fortgesetzten serbischen Angriffe. Die Lage ist unverändert. Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff. (W. Z. B.)

Die Zustände in Finnland.

(Von unserem Korrespondenten.)

Stockholm, im Oktober.

Von russischer Seite wird gern betont, daß Finnland es während des Weltkrieges besonders gut habe da seine Schiene nicht zu den Fahnen einberufen seien und seine Kaufleute durch den Handel mit dem befreundeten Ausland große Kriegs-gewinne einheimsten. Besonders ein Blatt wie „Nordve-trenja“ wiederholt diese Behauptungen immer wieder und knüpft in der Regel dann die Forderung an, daß dieses glück-liche Finnland wenigstens finanziell aus Kriege teilnehmen müsse, indem ihm ein beträchtlicher Prozentsatz der Kriegs-kosten angeteilt werden sollte. Die Schlussfolgerung erklärt alles.

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß das tolle Bild von den Zuständen in Finnland keineswegs der Wahrheit ent-spricht. Wie es dort in Wirklichkeit steht, kann man aus eini-gen kurzen Schilderungen in der schwedischen Presse und aus Äußerungen von Reisenden erfahren, die unmittelbar von Finnland kommen. Gerade in den letzten Wochen haben sich jenseits der Ostsee Dinge ereignet, die ein großes Licht auf das Schlimme werfen, nach dem Rußland die seinem Schicksal anver-trauten Nationen behandeln.

Am 23. August erfährt „Allehanda“ kennzeichnende Ta-bellen über die ständig wachsenden Lebensmittel-schwierigkeiten aus Helsingfors (veröffentlicht am 26. August). Der Schreiber des Briefes erklärt, daß sich die Schwierigkeiten in bedauerlicher Weise von Tag zu Tag mehrten. Der Hauptgrund hierzu sei in der Desorganisation in Rußland selbst zu suchen. Dort sei der Mangel an Getreide groß, denn es fehle an Arbeits-kraften, um den Boden zu bebauen. Der Viehbestand sei ganz bedeutend verringert; große Herden würden im Innern des Landes einfach weg, weil sich niemand um sie kümmerne. Je ge-ringer aber die eigenen Vorräte würden, desto mehr suche man aus dem „reichen“ Finnland herauszuschlagen.

Die Zwangsenteirungen von Lebensmitteln“, so heißt es weiter, waren bisher umfangreich genug und haben zur Folge, daß auch in Finnland der Viehbestand stark abzunehmen be-ginnt. Die Landwirte befürchten schlimme Folgen für die Landwirtschaft, denn man kann von außen keine künstlichen Düngemittel erhalten. Die Melkriebe, eine der wichti-gsten Einkommenquellen des Landes, liegen ganz darnieder. Auch Brot und Butter werden immer knapper. Nicht viel besser verhält es sich mit Milch und Rahm. Auf dem Markte sind für gewöhnlich nur schwer Waren zu bekommen. Die russische Regierung eignet sich immer mehr von dem Privatbesitz der Finnländer an, und die Bevölkerung erhält dafür keine kon-stante Bezahlung. Boote und Automobile werden mit Beschlag belegt, und ebenso verfährt man mit den Goldzinsen. Die Besitz-erhalten eine Skizze, die nach dem Kriege eingelebt werden soll.“ Gerade der letztgenannte Punkt wird von eini-genen Reisenden bestätigt, die eigene Erfahrungen berichten können. Daß man erst kürzlich drei Viehställe Lage in der Nähe in Finnland einführen mußte, ist bekannt.

Das Verdächtigste aber ist, daß augenblicklich ganz un-fangreiche militärische Vorbereitungen in Finn-land getroffen werden, die das wirtschaftliche Leben besonders schwer bedrücken. Hierüber erfährt „Stockholms Dagblad“ am 2. August aus Helsingfors folgende Einzelheiten, die das Blatt am 9. August bekanntgab:

„Rückwärtslos suchen die Behörden die vielen Tausende von Arbeitern zusammenzubringen, die für die Befestigungs-arbeiten in verschiedenen Teilen des Landes nötig sind. Aus den Fabriken in Helsingfors ist die Hälfte der Arbeiter zwangsweise ausgehoben worden. Man geht so weit, daß man Arbeiter auf der Straße angreift und sie zwingt, sich ohne weiteres bei den Militärbehörden anzumelden, wenn sie zufällig ohne Beschäftigung sind. Große Erörterung erweckt die Rückwärtslosigkeit, mit der die Behörden bei den Befestigungsarbeiten vorgehen. Weit und breit werden Wälder niedergehauen, ohne daß man die Besitzer vorher da-von unterrichtet. Schadenersatz wird niemals geleistet. Da-bei kommt es vor, daß die russischen Offiziere einen Wald vollständig umlegen lassen, und nachher stellt sich heraus, daß die ganzen Maßnahmen auf Irrtum beruhen. Parks mit uralten Bäumen und wertvolle Fruchtgärten sind auf diese Weise schonungslos zerstört worden. Im Gebiete um Heli-ningfors beträgt der angerichtete Schaden ungefähr 20 Mil-lionen Mark.“

Ganz ähnliche Dinge läßt sich „Aftonbladet“ am 31. August von einem zufälligen Korrespondenten melden. Hier werden die „Vejstegnar“ bezeichnet, und es wird hinzugefügt, daß sie mit größter Eile betrieben werden. Das heißt sich vollkommen mit den münd-lichen Aussagen von Leuten, die durch Stockholm reisen und berichten, was sie mit eigenen Augen gesehen haben. Besonders interessant ist dabei, was man über die Lage der Schützengräben hört. Ein ganz zuverlässiger Zeuge, der persönlich durchaus nicht politisch interessiert ist, erzählte mir, die eine der Schützengräbenlinien führe von der Vasa-Bucht (das heißt der engsten Stelle des Bottnischen Meeres) aus nach innen quer durchs Land, die andere gehe von Norden nach Süden, ungefähr der Rüste entlang. „Die Arbeiter deuten“, wie es in „Aftonbladet“ sehr richtig heißt,

Amerika und die deutschen U-Boote.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Stockholm, 14. Oktober.

Aus Washington wird gemeldet: Der Kommandant der atlanti-schen Flotte erhielt Befehl vom Marine-Departement, die Rüste von England zu überwachen und die Gerichte über heimliche Hilfe an fremde U-Boote zu untersuchen. Die „Times“ erfahren aus Washington: Die jüngste U-Boot-Krise nimmt den üblichen Verlauf. Das Land steht jedoch aufsehenerregend nicht sehr unter dem Eindruck der englischen Auffassung der Angelegenheit. Zum Beispiel wurde die von englischer Seite gemachte Bemerkung, daß neutrale, also amerikanische U-Boote wohl das Opfer der eng-lischen Kriegsschiffe werden könnten, welche die Tätigkeit der deutschen U-Boote im neutralen Gewässer verhindern müssen, über-genommen und als eine unnötige Beerdigung betrachtet. Deshalb wurde auch der Antrag der amerikanischen Regierung an die eng-lische Regierung über die Zulassung der deutschen U-Boote in amerikanischen Häfen zugestimmt.

Der New-Yorker Korrespondent der Associated Press hatte auf seine Bitte eine Unterredung in London mit August Tophfen, dem deutschen Staatssekretär und Staatsrat. Tophfen verneinte nicht seine Enttäuschung darüber zu verbergen, daß Amerika der Entente mit der Munitionszufuhr geholfen habe. Er erklärt aber, daß nur Toren, werklum durch Amerikas Haltung im Krieg, ein Zerwürf-nis mit Amerika und die Wäucher zur allen Form des U-Boot-Krieges wünschlen könnten. „Unter keinen Umständen“, sagte Tophfen, wollen wir einen Krieg mit Amerika. Erstens haben wir Feinde genug und zweitens ist Amerika zu freundschaftlich gesinnt. Natürlich befindet sich Deutschland in einer Lage, worin es alle verfügbaren Mittel gegen seine Feinde anwenden muß, wodurch Deutschland nicht immer den Krieg nach Amerikas Sinn führen kann. Der gegenwärtige U-Boot-Krieg auf der Höhe der fanatischen Rüste ist unlangbar unangenehm für die Ameri-kaner. Jeder U-Boot-Kommandant kann sich irren oder seine In-struktionen übertreten, aber niemand verlangt einen offenen Zwist, ich gewiß nicht, und Sie können versichert sein, daß Berlin kein Wort, das es in der Enffer-Krise an Amerika gegeben hat, halten wird, das es in der Zukunft Amerikas Freundschaft etwas billiger wird verteilt werden können.“

Britannia, 13. Oktober. (Korff Telegrammbureau.)

Eine königliche Verordnung von heute bestimmt: U-Boote, für den Krieggebrauch ausgerüstet und einer kriegsführenden Macht angehörend, dürfen sich in norwegischen Fahrwasser nicht bewegen oder aufhalten. Wird dieses Verbot übertreten, so laufen sie Gefahr, mit Waffen-gewalt angegriffen zu werden. Das Verbot hindert nicht, daß ein U-Boot wegen schweren Wetters oder Gefahr norwegisches Gebiet ausläuft, um Menschenleben zu retten. Das Fahrzeug soll dann innerhalb des Gebietes in Oberwasserstellung gehalten werden und die Nationalflagge und das internationale Signal für die Ver-anstaltung seiner Anwesenheit gehißt haben. Das Fahrzeug soll das anlaufende seiner Anwesenheit gehißt haben. Das Fahrzeug soll das Gebiet verlassen, sobald der Sturm, der seine Anwesenheit veranlaßt hat, fortfällt.

Andere U-Boote als die genannten dürfen in norwegisches Gebiet auch nicht einfahren, außer bei hellem Tage, bei sichtbarem Wetter, in bestimmter Richtung und mit gehobener National-flagge. Ein fremdes U-Boot, das im norwegischen Fahrwasser sich bewegt, muß wegen der Schwierigkeiten, zwischen den verschiedenen Arten von U-Booten zu unterscheiden, selbst die Gefahr auf sich nehmen für jeden Schaden oder für Verletzung, die die Bewachung verursacht. Die Verordnung tritt am 20. Oktober in Kraft.

Eine Unterredung mit Conrad v. Höpendorf.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

I. Budapest, 14. Oktober.

Generalfeldmarschall Conrad v. Höpendorf hat sich einer politischen Persönlichkeit gegenüber zu einer Reihe politischer Fragen geäußert. Das Budapest Abendblatt „Nok Ora Ujsag“ ver-öffentlicht über diese Äußerungen einen ausführlichen Bericht, in dem namentlich die Anschauungen des Generalfeldmarschalls über die Frie-densfrage von besonderem Interesse sind.

„Inferre Feinde“, sagte Conrad v. Höpendorf, haben sich zu dem wichtigsten Programm bekannt, Kulturstaaten, wie es die Mittel-mächte sind, völlig vernichten zu wollen. Diesen Ideen eines Lamerlan oder Döhmings kann keine wir die ruhige Entschlossenheit entgegen-setzen, mit aller Energie einen solchen Wahnsinn bis zum äußersten zu bekämpfen. In ad absurdum zu führen. Wenn die Ein-sicht dieser Absurdität bei unseren Gegnern eingetreten sein wird, werden wir den Frieden haben. Wir führen den Kampf mit voller Zuversicht und mit festem Vertrauen in den Heldennut unserer Truppen und in die Opferwilligkeit und Standhaftigkeit un-serer Bevölkerung.“

Zu dem Rotbuch über Rumänien bemerkte der Generalfeld-mar-schall, daß jetzt nach Ausbruch des Krieges mit diesem Staat die l. u. f. Diplo-matie in der angenehmen Lage war, die Vorgeschiedenen dieses Krieges in die Öffentlichkeit zu bringen und damit die Anschuldigungen ab-zuwenden, die gegen sie erhoben worden. Ganz anders sehe die Sache für die Heeresleitung. Diese dürfe während der Dauer des Krieges in seiner Weisheit mit jenen ihr reichlich zu Gebote stehenden Darlegungen hervortreten, die die Amürde widerlegen würden, die gegen sie erhoben wurden. Die Heeresleitung müsse also stumm und resigniert alles über sich ergehen lassen und dürfe sich dadurch in ihrer ruhigen und zielbewußten Arbeit nicht stören lassen. „Die jüngsten Nachrichten“, fuhr der Generalfeldmarschall fort, „zeigen, daß der räu-berische Einfall dieses von einer vorübergehenden Regierung geleiteten Staates seine Jächtigung erfährt, die hoffentlich noch gründlicher werden wird als bisher. Dem Einwurf, daß dieser Einfall in Ungarn besonders empfunden wurde, weil er ungarischen Boden betraf, muß ich entgegenhalten, daß wir nun schon durch mehr als zwei Jahre — und ich darf wohl sagen, erfolgreich — Ungarn in Galizien und auf russischem Gebiet verteidigen. Was die Tapferkeit der Truppen dort geleistet hat, hat sie auch für Ungarn unmittelbar geleistet. Und auch das durch ungarische Truppen dort heldenhaft vergossene Blut ist für die teure Erde der engeren Heimat geflossen.“

„Die Heeresleitung“, bemerkte der Generalfeldmarschall zum Schluß, „war in Kenntnis aller im Rotbuch dargelegten Vorgänge. Das ist selbstverständlich. Zwischen ihr und dem Auswärtigen Amt fand und findet ein konstanter Nachrichten-austausch statt und ich kann sagen, das dem Auswärtigen Amt viele der allerwichtigsten In-formationen durch den militärischen Nachrichtenverdienst des Armees-oberkommandos zugekommen sind, sonst daß wir über die militäri-schen Vorgänge und Verhältnisse in Rumänien jederzeit bis ins kleinste Detail zutreffend orientiert waren.“

Reichstagsabgeordneter Hofrichter-Köln †

Köln, 14. Oktober. (W. Z. B.)

Der Reichstagsabgeordnete für Köln, Hofrichter (Eos.) ist heute früh gestorben.

„Darauf hin, daß man russischerseits merkwürdigerweise ganz ernstlich mit Finnland als einem eventuellen Kriegsschauplatz rechnet.“

Hand in Hand mit solchen, sagen wir — Vorsichtsmaßregeln gehen unangesehene Verhaftungen von Finnländern, Alt und jung, Männer und Frauen, Gutsbesitzer und Bauern werden hinter Schloß und Riegel gebracht und zwar ohne erkennbaren Grund.

Alles, was man in dieser Hinsicht erfährt — und man hört fast täglich von neuen russischen „Regierungsmaßnahmen“ — paßt gut zu den Nachrichten, die sonst aus diesem Lande kommen.

Türkischer Heeresbericht.

Akonstantinopel, 14. Oktober.

Heeresbericht vom 13. Oktober: An der Hellasfront wurden Schiffe gewechselt. Zwei feindliche Flieger waren Bomben auf Säume, die in der Umgegend von Gai südwestlich der Stellung von Hellas in Lagern untergebracht waren, und tödeten acht Männer und Frauen.

Der bulgarische Heeresbericht.

Sofia, 13. Oktober. (M. T. B.)

Bericht des Generalstabes. Mazedonische Front: Die Lage erlitt keine Veränderung. Auf der Front vom Prespa-See bis zum Vardar bedienten sich beide Parteien Artilleriekräfte.

Rumänische Front: Keine Veränderung in der Lage. An der Donau beschoß die rumänische Artillerie ergebnislos das Her-

zwischen Koflat, Madovo, Davidover und Sir. Unsere Artillerie rief in der Stadt Kalafat umfangreiche Brände hervor.

Ententekontrolle über die griechische Polizei.

Die neue Note des Admirals Jounet.

Athen, 14. Oktober. (Neuter.)

Admiral Jounet richtete eine neue Note an die Regierung, in der er das Recht verlangt, die Kontrolle über die griechische Polizei ausüben zu können, und fordert, daß den griechischen Bürgern verboten werde, Waffen zu tragen.

London, 14. Oktober. (M. T. B.)

„Morning Post“ berichtet aus Athen, Venizelos habe bei den Ententemächten um Anerkennung der provisorischen Regierung ersucht.

Amsterdam, 14. Oktober. (M. T. B.)

Nach der Meldung eines hiesigen Blattes aus London wurden die Besagungen auf den griechischen Torpedoboots-Jägern durch Besagungen von französischen U-Booten, englischen Torpedojägern und durch italienische Matrosen ersetzt.

Athen, 13. Oktober. (Neuter.)

Der englische Gesandte hat dem neuen Minister des Äußeren einen Besuch abgestattet und so die Verbindung zwischen dem Botschafter und dem Ministerium hergestellt.

Rotterdam, 14. Oktober. (Privat-Telegramm.)

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Athen empfing der König eine diplomatische Persönlichkeit in Audienz.

Nach Saloniki wird gemeldet: Der Ausschuss für nationale Verteidigung gab gestern ein Festessen, an dem Venizelos teilnahm.

Z. Kopenhagen, 13. Oktober. (Privat-Telegramm.)

In der französischen Presse herrscht, wie aus einem Pariser Bericht der „Nationalen“ zu ersehen ist, weiterhin das Bestreben, die Vergewaltigung Griechenlands zu rechtfertigen.

Verseht.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

H. Stockholm, 14. Oktober.

Nach einer Meldung der „Dagens Nyheter“ wird aus Gambia gemeldet, daß ein deutsches U-Boot am Dienstag früh einen englischen Frachtdampfer auf offener See mit dem Rumpf entleert versenkt habe.

Betrachtung über Feldpostbriefe.

Von Frank Thies.

Mit dem Feldpostbrief ist eine ganz neue und eigentümlich in dieser Ausprägung noch nicht dagewesene Spezies in der Briefliteratur hineingekommen.

Das Gefühl, im nächsten Augenblick von einer Granate zertrümmert zu werden, durch einen Leichter verpöbeln, von einer Kugel durchbohrt werden zu können, dies Gefühl von der ungewohnten Zufälligkeit des Datums gebiert blühartig Neugierungen, die in einer anderen, fast mythischen Weise die Tiefe der menschlichen Psyche aufreißen.

In einem anderen Feldpostbriefe heißt es: „Zeit Sonnenanfgang heute ich in einem Lupinentelde, etwa 1 1/2 Meter unter der Erde.“

jeden Augenblick anders werden, ja, ich kann sogar jede nächste Minute.“

Die Briefe stammen von verschiedenen Menschen und drücken ganz verschiedene die Stimmung der Todesangst aus. Aber im Kerne sind alle Briefe — und ich könnte noch viele ähnliche anführen — sich sehr ähnlich, ja blutverwandt: denn hier wie dort ist der Abstand zu dem Geliebten und Geliebten so klein, daß, paradox gesprochen, das Erlebnis trüber geht auf als erlebt wird.

Natürlich gibt es „Feldpostbriefe“, die keine sind. Maskierte Feldpostbriefe, ja, ich wage die Behauptung: sie sind mitten im Felde, Feldpostbriefe, keine unehrerthen und wahrhaft merkwürdigen. Es sind Literatur-Feldpostbriefe.

Ein sehr verehrungswürdiger, alter Herr geht mir von Zeit zu Zeit Briefe des Wunsches seines Sohnes, die in jeder Beziehung nicht nur grammatikalisch und orthographisch richtig geschrieben, sondern sie enthalten auch alles, was ein richtiger Feldpostbrief enthalten soll: deutsches Empfinden, „van an den Feind, Humor im Licht und Liebe zur Heimat.“

„Bauernleger an der Arbeit.“

Die gute Konjunktur.

In der letzten Zeit befanden sich in dem Organ des Bundes der Landwirte, der „Deutschen Tageszeitung“, unter der Überschrift „Bauernleger an der Arbeit“ verschiedentlich Notizen, in denen darauf hingewiesen wurde, daß Industrielle, Kaufleute und Ackerbauern in zunehmendem Maße Landgüter erwerben.

Bei manchem der verkaufslustigen Besitzer ist die Triebfeder zum Verkauf auch die Angst vor der nach Aufhebung der jetzigen Höchstpreise drohenden Katastrophe.

Welche Gründe auch immer zum Bestwechsell unserer Güter führen mögen, eine Gefahr für die Allgemeinheit bieten sie auf alle Fälle.

Die „Deutsche Tageszeitung“ würde sich ein Verdienst um die Landwirtschaft und damit um die Allgemeinheit erwerben, wenn sie nicht nur aus parteipolitischen Gründen die tatsächlich vorhandene Bauernlegerei verzeichnet, sondern gleichzeitig Mittel und Wege vorschlägt, wie diesem Uebelstande entgegen zu begehen wäre.

Ein heftiges Milchausfuhrverbot.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

X. Frankfurt a. M., 14. Oktober.

Die heftige Landeszentrale für Milchverpackung in Darmstadt hat die Ausfuhr von Milch aus dem Kreise Friedberg nach den antwortenden preussischen Gebietsteilen untersagt.

gleich, wenn sie etwas tun, was auch andere Leute sehen und hören. Und wenn sie so einen Brief schreiben, dann erzählen sie nicht ganz schlicht und recht, „wie es war“ (die Methode, nach der Kant kein Weltgesetzlich schrieb), sie sagen nicht, wie die Dinge sind, die sie um sie abstrahieren, sondern sie stellen sich um die Dinge ab, sie greifen die Dinge, noch eher sie sie erleb haben. Und wenn sie sie erleben sollten, so tun sie es auch am liebsten in herkömmlichen Formen.

Ich fürchte beinahe, daß das Geschriebene boshaft klingt. Es soll aber keineswegs boshaft sein. Ich will nur echt von unecht scheiden, Natur von Kunst, Individuum von Typus. Denn auf das Individuum läuft ja schließlich alles hinaus. Und das Typische innerhalb des Individuellen zu finden, kann höchstens das Ziel einer solchen Betrachtung sein.

Es gibt ein Schreibgesetz, das niemand übertreten sollte, das aber Frauen meist übertreten: bei aufregendem Erlebnis warte erst 24 Stunden, bis du zur Feder greiffst.

Der Feldpostbrief durch sich selbst eine neue Gestaltung erschaffen. Nicht eine Kunstgattung. Er hat mit Kunst nichts zu tun, aber er ist eine neue Form, ein Erleben, heißes Erleben in Stille und Papier zu bannen, aus dem es bahnen so warm und wogend entgegenquillt, daß wir von dem Rebusenhaupt dieser großen Drogen gebannt, erschreckt und ergriffen sind.

Syndikatsverlängerung — Streitbeendigung.

Von **Artur Norden.** [Nachdruck verboten.]

Am heutigen Tage soll die Entscheidung über das Rheinisch-Westfälische Kohlen Syndikat fallen. Das unter dem Druck der Bundesratsverordnung über die zwangsweise Bildung von Syndikaten der Stein- und Braunkohlenwerke im vergangenen Jahre zustandegekommene Bündnis soll eine fünfjährige Dauer erhalten. Gelingt das nicht, so will die Landesregierung, in deren Ermessen die zwangsweise Syndikatsbildung gestellt ist, von diesem Rechte Gebrauch machen.

Die Hauptstreitpunkte bestanden bisher in den Meinungsverschiedenheiten über die Höhe der Beteiligungszahl der neu zu bildenden Syndikate und der neuen Anlagen der Werke. Sodann die sogenannte Händlerfrage zu ordnen, die Überleitung der bisherigen freien grossen Händlerfirmen in die syndikatische Handelsgesellschaft, und in Verbindung damit kam die Regelung der Lieferungsverträge, die die freien Händler abgeschlossen hatten, in Betracht.

An dem Uebergange seiner Verkaufsorganisation auf das Syndikat nahm besonders der preussische Fiskus als Bergwerksbesitzer Anstand, weil eine solche Überleitung in einem gewissen Widerspruch mit der Sonderstellung stand, die er als Syndikatsmitglied beansprucht. Der Fiskus will nämlich mit kurzer Kündigungsfrist die Möglichkeit seines Austritts aus dem Syndikat gesichert sehen. Hat er nun eines Tages Veranlassung, von diesem ihm — durch die anderen Zechenbesitzer zugestanden — Recht Gebrauch zu machen, so würde er seinen Verkaufssapparat erst neu konstruieren müssen.

In der vergangenen Woche soll eine Verständigung zwischen dem Handelsministerium und den übrigen Syndikatsmitgliedern perfekt geworden sein, dahingehend, dass mit dem Fiskus gegebenenfalls auch seine Händlerfirmen wieder frei werden. Der heutige Tag wird zeigen, ob diese Frage und die anderen, der Syndikatsverlängerung bisher hinderlich gewesen, endgültig erledigt sind, oder ob der Kohlenbergbau durch staatlichen Zwangsumgefasst wird, durch einen Zwang, der von derselben Seite ausgehen würde, die für sich als Mitglied eines freien Syndikats Sonderrechte verlangt.

Warum will die Staatsregierung eine Sprengung des Kartells möglichenfalls mit Gewalt verhindern? Die Furcht vor tief einschneidenden Störungen war es, die zu der Bundesratsverordnung über die Zwangssyndikatsbildung führte, zum Teil auch die Annahme, dass die Preise für Kohlen, ohne das Vorhandensein eines Syndikats, in Zeiten der Kohlenknappheit eine unheimliche Aufwärtsbewegung erfahren und in Zeiten reichlichen Angebotes unverhältnismässig stark sinken würden.

Gegen übertriebene Preisforderungen des Kohlenbergbaues hat der gegenwärtige Handelsminister sich wiederholt mit aller Energie gewandt; er ist früher einmal, als seine Wünsche nicht respektiert wurden, aus dem rheinisch-westfälischen Syndikat ausgeschieden, er hat noch vor kurzem seine Zustimmung zu einer Preisserhöhung für die ober-schlesische Kohle verweigert, weil die günstige Rentabilität des dortigen Bergbaues eine Verteuerung des „Brottes der Industrie“ unangebracht erscheinen liess. Auch dem rheinisch-westfälischen Syndikat in seiner neuen Gestalt tritt der durch den Handelsminister vertretene Fiskus, nur unter der Bedingung bei, dass er in ausschlaggebender Weise in der Preisfrage mitsprechen kann, und wenn der Ersatz des freiwilligen Syndikats durch ein Zwangssyndikat erforderlich ist, so ist erst recht dafür gesorgt, dass der Fiskus das Zepher hat.

Unnötigen Preisserhöhungen ist also aller Voraussicht nach ein Riegel vorgeschoben, aber es soll, insbesondere zur Kriegszeit, die Einheitlichkeit der öffentlichen und privaten Kohlenversorgung gesichert werden, und dieser Gesichtspunkt scheint, die schon oben angedeutet wurde, jetzt stärker die Regierung bei seinen Schritten zu beeinflussen als alle anderen Momente.

Wenn man unterscheidet sich die gegenwärtige Situation von der des Jahres 1904, die den damaligen Handelsminister, den inzwischen geadelten Herrn Möller, nach Mitteln suchen liess, die der Staatsregierung einen Anhaltspunkt zur Kontrolle der Preise verschaffen sollten. Die Möglichkeit starker Preisrenkungen, denen die Regierung hätte vorzuziehen müssen, kam zu jener Zeit trotz eines stark veränderten Absatzes der Zechen, nicht ernstlich in Betracht; was Herr Möller erstrebte, konnte also nur die Einschränkung starker Preisrenkungen sein, wengleich die kaiserlichen Werke zu jener Zeit nicht minder schnell in Konsumverwertung bereit waren als die privatwirtschaftlichen Betriebe. Herr Kirdorf, der Generaldirektor der Eisenbahnen, der in diesen Tagen wieder viel von seiner Gegnerschaft zu der Politik des Reichskanzlers von Bethun zu reden macht, soll im Jahre 1904 Herrn Möller für den Fall des Beitritts der fiskalischen Zechen zum Syndikat in der Preisfrage ein Vetorecht angeboten haben. Das lehnte Herr Möller, dem Angebot nicht mit genügender Deutlichkeit unterbreitet worden, zu sein, ab. Er streckte seine Hände nach privatem Besitz, er wollte das Bergwerk „Hibernia“, nach „Gelsenkirchen“ und „Harpn“ die grösste Kohlegesellschaft, für den Staat erwerben. Auf diese Weise glaubte er, einen nachhaltigen Einfluss auf die Preisbildung im westfälischen Revier erringen zu können, dessen Sicherheit ihm um so notwendiger erschien, als damals Gerüchte über Vertrustungspläne im Kohlenbergbau Umlauf gekommen waren. Seine Macht durch eine verstärkte Umlauf gekommen waren. Seine Macht durch eine verstärkte Umlauf gekommen waren. Seine Macht durch eine verstärkte Umlauf gekommen waren.

Die Erledigung des Hibernia-Streites wird die Macht des Fiskus im rheinisch-westfälischen Bergbau von neuem stärken. Wenn der Fiskus wie in den letzten Jahren, so auch weiterhin diese seine Macht zugunsten der Allgemeinheit benutzt, so ist sein endlicher Sieg, mag er ihm auch durch die Möglichkeit, Zwangssyndikats zu bilden, erleichtert worden sein, sehr willkommen zu heissen.

* Die Abwälzung des Warenumsatzstempels.

Zahlreiche Anfragen aus unserem Leserkreise veranlassen uns nochmals zu der Feststellung, dass das Gesetz über den Warenumsatzstempel — eine entsprechende Vereinbarung vorausgesetzt — eine Abwälzung der Steuer von dem Verkäufer auf den Käufer zwar nicht verbietet, aber nicht etwa statuiert. Es ist in dem Gesetz auch nichts darüber enthalten, dass der Verkäufer im Zweifel befugt sei, die Steuer von dem Abnehmer zu verlangen; nur in dem Sonderfall, dass der Lieferant zugrunde liegende Vertrag vor dem 1. Oktober 1916 geschlossen ist, hat der Verkäufer das Recht hierzu. In allen anderen Fällen ist, hat der Verkäufer die Steuer tragen, es sei denn, dass (wie schon oben gesagt) das Gegenteil vor Abschluss des Vertrages ausdrücklich vereinbart wurde. Der Ersatz der Steuer erlangt dadurch gewissermassen den Charakter eines Kaufpreisteils. Dies ergibt sich auch daraus, dass mit Ausnahme von nicht gewerblichen

der Aktionäre ein diese zum Verkauf der Aktien an den Staat verlockendes Angebot unterbreitet wurde, sondern der Minister Provision von 5 pCt. so viel Aktien wie möglich aufzukaufen. Die Wirkung dieses Vorgehens war nach den verschiedensten Richtungen hin unerfreulich. Zunächst entwickelte sich an der Berliner Börse eine mit grosser Ueberspekulation verbundene Aufwärtsbewegung der Kurse, die sich nicht auf die Aktien unter den der Hibernia nahestehenden Banken wie überhaupt in der Finanzwelt eine starke Misstimmung darüber, dass der Minister ein einzelnes Institut in seine Pläne eingeweiht, und die Stimmung sollte der Fiskus sehr bald spüren: Als das Verstaatlichungsprojekt sich wegen der immer weiter ausbreitenden Kurssteigerungen nicht mehr verhoben liess, und der Minister damit herausrückte, das Bergwerk Hibernia gegen Gewährung eines Kaufpreises von 245 pCt. für die Aktien erwerben zu wollen, konnte der Staat erst über etwa 20 Mill. M. des damals 53 1/2 Mill. Mark betragenden Aktienkapitals frei verfügen. Von den restlichen Millionen schlossen sich etwa 30 zusammen, um den Verstaatlichungsplan zum Scheitern zu bringen. In der denkwürdigen Generalversammlung der Hibernia vom 27. August 1904 stimmten diese 30 Mill. M. gegen das Angebot des Ministers. Da die Dresdner Bank einen solchen Verlauf voraussehen musste, hatte sie zur Generalversammlung zwar die gesamten für den Staat aufgekauften 20 Mill. M. amgeteilt, liess indes bei der entscheidenden Abstimmung nur etwa 3 Mill. M. vertreten. Hierdurch sollte die Generalversammlung hinsichtlich des Verstaatlichungsangebotes beschlussunfähig werden. Nach dem Statut der Hibernia war nämlich zur Beschlussfassung über die Auflösung der Gesellschaft erforderlich, dass wenigstens zwei Drittel des Grundkapitals in der Generalversammlung vertreten sind; war das nicht der Fall, so musste innerhalb sechs Wochen eine zweite ausserordentliche Generalversammlung einberufen werden, und erst in dieser sollte die Beschlussfassung unabhängig von der Höhe des in der Versammlung vertretenen Kapitals zulässig sein. Dadurch, dass nun die Dresdner Bank in der geschilderten Weise operierte, war die Voraussetzung, dass in der ersten Generalversammlung zwei Drittel des Kapitals vertreten sein müssten, nicht gegeben. Die Dresdner Bank hatte indes die Rechnung ohne den Wirt, d. h. in diesem Falle die Verwaltungsgruppe gemacht. Diese erklärte, dass die Verstaatlichung keine Auflösung der Gesellschaft sei und liess die — dann zugunsten der Verstaatlichungsgegner endende — Abstimmung zu. Die Verwaltungsgruppe begnügte sich jedoch nicht damit, das Angebot des Ministers zu Fall zu bringen, sondern sie hatte auf die Tagesordnung der gleichen Generalversammlung den Antrag gesetzt, das Kapital um 6 1/2 Mill. M. zu erhöhen, damit durch Uebernahme dieser neuen Aktien auf die Verwaltungsgruppe erhalten bliebe. Bei der Abstimmung hierüber war das gesamte durch die Dresdner Bank amgeteilte Kapital von 20 Mill. M. vertreten, ohne indes etwas gegen die Verwaltungsgruppe auszusprechen zu können. Später wurde die Kapitalerhöhung im Prozesswege angefochten und auch vom Oberlandesgericht Hamm für ungültig erklärt, weil erstens die Überleitung der Aktien an die Verwaltungsgruppe sich als ein Rechtsgeschäft mit dieser darstellte, über das die Verwaltungsgruppe nicht hätte mitbestimmen dürfen, und weil zweitens das Bezugsrecht auf die jungen Aktien nicht für alle Aktionäre gleichmässig ausgeschlossen worden war, sondern nur für die Anhänger der Verstaatlichung. Das Reichsgericht hob jedoch das Urteil der Vorinstanz auf, am 13. Juni 1906 wies der höchste Gerichtshof die Aufrechnungsklagen gegen die Beschlüsse der Generalversammlung vom 27. August 1904 ab.

Im Verlaufe der Ereignisse, die den rivalisierenden Bankgruppen Gelegenheit boten, alle Register der höheren Generalversammlungen zuziehen und die für die Juristen im Reiche zu einer Fundgrube schwieriger Probleme des Handelsrechtes wurden, schloss die Verwaltungspartei einen festen Ring um ihren Aktienbesitz. Sie brachte ihn in die „Herne-Vereinigung von Hibernia-Aktionären“ ein — eine Gesellschaft, die durch die Ausgabe von Obligationen in es sehr geschickter Weise verstand, das Geld für die Konservierung des grossen Aktienbesitzes, der sich in der Folge noch um 10 Mill. M. Vorzugsaktien erhöhte, durch Dritte aufbringen zu lassen. Wenn jetzt der Staat in den Besitz der Gesamtheit der Aktien des Bergwerks Hibernia gelangt, so wird diese seine Machtweiterung innerhalb des Kohlenbergbaues zum erheblichen Teil auf dem Umwege über die Herne-Vereinigung geschehen. Er wird wahrscheinlich die Anteile dieser Gesellschaft mit beschränkter Haftung erwerben, ihre Obligationen aber in Umlauf lassen. Dadurch fügt er seinem jetzt 27 1/2 Mill. M. betragenden Aktienbesitz weitere 23 1/2 Mill. M. Stammaktien und 10 Mill. M. Vorzugsaktien hinzu und kann den sich auf annähernd 70 Mill. M. belaufenden Kaufpreis mit etwa 54 Mill. M. durch die Uebernahme der Obligationsschuld abdecken. Er hätte dann, andere Verrechnungsobjekte unberücksichtigt, nur noch 16 Mill. M. für die Herne-Anteile und etwa 22 Mill. Mark für weitere 9 Mill. M. Hibernia-Aktien aufzuwenden, die sich ausserhalb der Herne-Vereinigung, aber doch in festem Besitz befinden.

Die Erledigung des Hibernia-Streites wird die Macht des Fiskus im rheinisch-westfälischen Bergbau von neuem stärken. Wenn der Fiskus wie in den letzten Jahren, so auch weiterhin diese seine Macht zugunsten der Allgemeinheit benutzt, so ist sein endlicher Sieg, mag er ihm auch durch die Möglichkeit, Zwangssyndikats zu bilden, erleichtert worden sein, sehr willkommen zu heissen.

* An der Börse

erhielt sich auch heute die feste Gesamtrendenz, und zwar waren Kursberührungen wiederum besonders am Montanmarkt zu verzeichnen. Kohlenaktien wurden an der Meldung angeigt, dass das Kohlen Syndikat in letzter Zeit statt Umlagen zu erheben, Vergütungen an seine Mitglieder, und zwar in Form von Kriegsgeldern zur Ausschüttung bringen konnte. Für die Aktien der Laurahütte ist stärkere Interesse hervor. Angeboten waren dagegen die Aktien der Bismarck-Hütte und anfänglich auch die der Oberschlesischen Eisenbahndarleh-Ges., die indes später ihren Kursstand wieder verbessern konnten. Rüstungswerte waren meist etwas niedriger, besonders die der Pulvergesellschaften. Für Elektrizitätsaktien bestand meist Nachfrage, besonders für Kabelwerke, so z. B. die der Elten-Guillaume-Werke und der Hackethal-Ges. — Auch Motoren- und Automobilaktien konnten überwiegend anziehen, vor allem die der Benz-Werke, aber auch Daimler, Horch- und Hansa-Lloyd-Aktien gesuchten. Schiffbauaktien stiegen die der Hansa-Dampfschiffbau-AG, der Hamburg-Südamerikanischen und der Deutsch-Australischen Gesellschaft. Die Aktien der Luxemburger Eisenbahn, der Schantung-Bahn und der Raab-Oedenburger Eisenbahn konnten anziehen, dergleichen wiederum russische Bankaktien.

Am Rentenmarkt waren heimische Anleihen behauptet, russische befestigt, rumänische erholt.

Am Geldmarkt stellte sich tägliches Geld auf 4 1/2 bis 4 3/4 pCt. Der Privatdiskont betrug 4 1/2 pCt. und darunter. — Die Devisenkurse waren heute, wie in den letzten Tagen, unverändert.

* Prüfung von Kriegslieferungen.

In der letzten Reichstagsitzung hat der Abgeordnete Simon an die Regierung die Frage gerichtet, ob der Reichskanzler bereit sei, die bereits grundsätzlich von der Regierung zugesagte Kommission zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen zu berufen. Seitens der Regierung teilte Ministerialdirektor Dr. Lewald das Einverständnis des Reichskanzlers mit einer solchen Kommission mit und bemerkte, dass Verhandlungen hierüber im Gange sind. Es dürfte als ziemlich feststehend anzusehen sein, dass diese Kommission nur aus Parlamentariern zusammengesetzt sein wird, ähnlich wie seinerzeit die Kommission des Reichstags zur Prüfung der Konzeptionsgesellschaften in den deutschen Kolonien und die sogenannte Rüstungskommission. Analog früheren Fällen wird man den Parteien ein Vorschlagsrecht für die Delegierten einräumen, wobei sich die Reichs-

Lieferungen der Erwerber noch nicht einmal dann für den Steuerbetrag einzusetzen hat, wenn der Veräußerer zur Bezahlung nicht in der Lage ist. — Gegen den Versuch, den Warenumsatzstempel ein für allemal auf den Abnehmer abzuwälzen, hat, wie wir bereits berichteten, eine grosse Anzahl von Verbänden der Konfektionsindustrie Stellung genommen. Namentlich hat sich diesem Vorgehen durch einen offenen Brief an seine Mitglieder auch der Reichsausschluss im Putz- und Kleiderhandel und Gewerbe angeschlossen. Der Ausschuss erklärt, dass die hinter ihm stehenden Verbände und Mitglieder gegen eine Massnahme der Lieferanten in dem gedachten Sinne mit allen verfügbaren Kräften vorgehen werden.

* Laurahütte.

Die Vereinigte Königs- und Laurahütte erzielte im Jahre 1915/16 nach Abzug der Rücklage für Kriegsgewinnsteuer ein Rohergebnis von 13 753 433 M. (1914/15: 11 212 459). Die Generalunkosten und Zinsen erhöhten sich in wesentlichem geringerer Masse, nämlich von 2 298 214 M. auf 2 316 050 M. Die Abschreibungen von 6 028 965 M. (6 202 185) zerfallen in 4 127 121 M. (4 161 928) ordentliche und 1 900 000 M. (2 100 000) ausserordentliche, einem Gesamtbuchwert der Betriebsanlagen von 49 062 000 M. (51 593 000). Die Abschreibungen sind demnach gegenüber dem Vorjahre nur unwesentlich und im Rahmen des niedrigeren Buchwertes der Anlagen verringert worden. Manche Aktionäre werden vielleicht darin eine Abweicheung von der in der letzten ordentlichen Generalversammlung gegebenen Richtlinie des Aufsichtsratsvorsitzenden erblicken, der in seiner Rede erklärte, dass sich eine Verringerung der Abschreibungen in Zukunft ermöglichen lassen werde. Die Verwaltung wird aber darauf hinweisen können, dass die Gesellschaft im zweiten Kriegsjahre in wesentlich stärkerem Umfange sich der Herstellung von Kriegsmaterial, also von irregulären Produkten, zugewandt habe, die bekanntermassen — besonders bei den jetzigen schwierigen Betriebsverhältnissen — die Anlagen einer verstärkten Abnutzung aussetzen. Andere Abschreibungen vorgenommen. Die Laurahütte hat von einer sonst möglichen Ermässigung der Amortisationsablastung, die sie hätte machen können, so viel, als sie die Aktionären in Aussicht gestellte Erhöhung der Dividende trotzdem vornehmen konnte. Aus dem Ueberschuss von 5 408 437 M. (2 682 088) gelangt, wie schon gemeldet, eine Dividende von 10 pCt. (4) zum Vorschlagsrecht erhält 107 830 M. (20 253) Kontante, wobei sowohl der Gewinnvortrag für das Jahr 1916/17 in Höhe von 11 223 M. als auch der aus dem Jahre 1914/15 in Höhe von 111 223 M. bei der Tantiemberechnung ausgeschieden werden. Ueber Produktion und Absatz der Gesellschaft werden folgende Angaben gemacht (in 1000 T):

	Produktion		Absatz	
	1915/16	1914/15	1915/16	1914/15
Steinkohlen	3 276	2 624	3 711	2 287
Röhreisen	162	161	251	18
Gusswagen	22	15	26	22
Walzeisen	254	230	322	189
Röhren	29	21	38	19

Die von den Hütten zum Verkauf an Fremde gelangten Mengen an Walzeisen aller Art und Röhren übertrafen die vorjährigen um 15 pCt.

Im übrigen wurde die Gesellschaft im Geschäftsbericht darauf hingewiesen, dass die Herstellung von eigentlichem Kriegsmaterial an der Laurahütte im ersten Kriegsjahre infolge der Eigenart dieses nicht auf Besondereigenschaften eingestellten gewöhnlichen Betriebes sowie auf den Lieferungsverpflichtungen nur in kleinem Rahmen beteiligt konnte, jetzt fast die gesamte Erzeugung zu dem Zweck für die von den polnischen Hüttenwerken ist die Produktion im November 1915 teilweise in Betrieb genommen worden, ihre Erzielung steigt aber nicht, um des Zuspruchs zu decken, den die nach wie vor stillgelegte Katharinenhütte erfordert.

In ihren Bemerkungen über die gegenwärtige Geschäftslage tritt die Verwaltung für eine Erhöhung der Kohlenpreise ein, die bisher — auch für Oberschlesien — auf Veranlassung des preussischen Handelsministers unterblieben ist. Sie teilt weiter u. a. mit, dass in das neue Geschäftsjahr für die schlesischen Hütten ein Bestand an festen Aufträgen im Gesamtwert von 36 756 401 M. (49 330 Mill. M.) hinübergenommen worden ist.

In der Bilanz haben sich die Debitoren von 77,7 auf 99,6 Mill. Mark erhöht, die Kreditoren von 15 auf 115 Mill. M. ermässigt, wobei in der diesjährigen Zahl noch die Kriegsscheuerrücklage enthalten ist. Zu den erwähnten Zahlen schreibt die Verwaltung, dass an Stelle der vorjährigen ungedeckten Schuld bei den Banken ein flüssiges Guthaben getreten sei, das ihr die sofortige Auszahlung der Dividende, Tantieme und Zinsen sowie der Kriegsgewinnsteuer aus eigenen Mitteln ermögliche. Vorräte sind mit 11,6 Mill. M. (11,8) Effekten mit 1,7 Mill. M. (1,8) ausgewiesen.

* Prüfung von Kriegslieferungen.

In der letzten Reichstagsitzung hat der Abgeordnete Simon an die Regierung die Frage gerichtet, ob der Reichskanzler bereit sei, die bereits grundsätzlich von der Regierung zugesagte Kommission zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen zu berufen. Seitens der Regierung teilte Ministerialdirektor Dr. Lewald das Einverständnis des Reichskanzlers mit einer solchen Kommission mit und bemerkte, dass Verhandlungen hierüber im Gange sind. Es dürfte als ziemlich feststehend anzusehen sein, dass diese Kommission nur aus Parlamentariern zusammengesetzt sein wird, ähnlich wie seinerzeit die Kommission des Reichstags zur Prüfung der Konzeptionsgesellschaften in den deutschen Kolonien und die sogenannte Rüstungskommission. Analog früheren Fällen wird man den Parteien ein Vorschlagsrecht für die Delegierten einräumen, wobei sich die Reichs-

die Verstaatlichungssaktion war seinerzeit mit wenig Geschick geleitet worden. Sie begann nicht damit, dass die Gesamtheit

regierung die Bestätigung der Kommissionsmitglieder vorbehalten wird. Naturgemäß erstreckt sich die Prüfung nicht nur auf die noch laufenden Verträge, sondern auch auf die noch laufenden Verträge, die seit der Mobilmachungszeit von deutschen Behörden — sowohl Militär- als auch Zivilverwaltung — abgeschlossen sind, in welcher Weise die Erfüllung vorgenommen werden soll, d. h. also, ob durch Einsetzung der Bächer oder Unternehmung der Rechnung, dürfte wohl noch nicht feststehen, ebenso ist bis jetzt etwas über den Zeitpunkt, in dem die Kommission zusammenzutreten soll, nichts bekannt.

Rohmaterialbeschaffung der Brauereien. Der Deutsche Braubund macht bekannt, dass mit der Verteilung von Brauwereisen unter den von der Reichsregierung festgesetzten Bedingungen an die bezugsberechtigten Betriebe in den nächsten Tagen begonnen wird. Diese werden ersucht, die ihnen auf Grund der 48 pC. Zuweisung zustehenden Weizenmengen rechtzeitig abzurufen. Die Brauwereisen mindestens 10000 Kilogramm zur Andienung überweisen. Denjenigen Betrieben, die für kleinere Mengen bezugsberechtigt sind, wird empfohlen, sich entweder mit anderen Betrieben zusammenzutun, um insgesamt 10000 Kilogramm abfordern zu können, oder zu gleichem Zwecke sich einer vermittelnden Firma zu bedienen.

In einer kürzlich abgehaltenen Aufsichtsratssitzung der Süßstoffvertriebsstelle für das oberrheinische Brauwereisen G. m. b. H. wurden die Grundsätze dargelegt, nach denen die Zuteilung von Süßstoff zur Bierherstellung durch die Süßstoffvertriebsstelle erfolgt. Brauereien, die keine Zuckerverträge mehr besitzen und dies durch eine zollmäßige Bescheinigung nachweisen, können monatlich bis zu der Menge Saccharin erhalten, die ihrem früheren monatlichen Durchschnittsverbrauch im Zucker entspricht. Massgebend ist der Zuckerverbrauch im Jahre 1913 oder, falls dieser geringer war als später, der Verbrauch in der Zeit vom 1. April 1915 bis 31. März 1916. Bei kleineren Brauereien mit niedrigem Zuckerverbrauch kann ein geringes über diesen Satz hinausgegangen werden.

Weitere Ausgabe holländischer Schatzanweisungen. Wie uns ein Privat-Telegramm meldet, ist der holländische Finanzminister neuerdings zur Ausgabe von 42 Mill. Fl. Schatzanweisungen ermächtigt worden. Die Verzinsung beträgt 4 1/2 pC.

Kopenhagen, 13. Oktober. (Privat-Telegramm.) Nach der Mitteilung des hiesigen russischen Nachrichtenbureaus hat sich der neue kommunistische Vertreter der amerikanischen Regierung in Petersburg, Hentington, nach einer zwei Monate langen Reise durch Russland über die zukünftigen Beziehungen dieses Landes zu den Ver-

einigten Staaten ausgesprochen; er erklärte, dass eine engere Beziehung zwischen den beiden Reichen eintreten werde, wenn erst die dringliche Verbindung zwischen England und Frankreich, die man in Amerika nicht kennt, eine befriedigende Lösung finde. Wichtig sei eine amerikanische Verbindung mit Amerika mit dem kaukasischen Schwarzmeer-Hafen Novorossik, wo ein Austausch russischen Tabaks mit amerikanischen Maschinen und Metallwaren stattfinden könnte. Auch Pelze und Mangas aus dem Kaukasus nach Amerika zu exportieren, ein Handelsplan vor dem Kriege deutsche Zwischenhändler besorgten, sei wichtig.

Kupferstatistik. Wie die Firma Henry Merton & Co., Ltd., berichtet, betragen die Weltvorräte von Kupfer am 30. September 15384 To. Die Vorräte in England und Frankreich werden mit 5736 To. angegeben. Die Verfrachtungen von Chile stellen sich in der zweiten Hälfte des Monats September auf 1575 To. und die von Australien auf 2000 To. Die Kupfervorräte in Europa betragen am 30. September 1916 10371 To.

BERLINER HANDELSREGISTER.
Eintragungen vom 11. u. 12. Oktober.
Abt. A. Franz Lange Getreide u. Fouragehandlung, Paßendstr. 157. Inh. ist Felix Leibholz, Prokurist Siegfried Leibholz, Brunnenstr. 157. Inh. ist Dorothea Leist — Dorothea Leist, Zentralmarkthalle, 28—29. Inh. ist Erna Mielwsky — Gerhard Müller, Reichensberger Str. 36. Inh. ist Gerhard Müller — Johanna Reimajer, Zentralmarkthalle, 10. Inh. ist Johanna Reimajer, Heintze, J. Sando-Mirsky & Co., Elberfelder Str. 8. Inh. sind Jakob Sando-Mirsky u. Gustav Beer, Beginn 10. 10. 16. Vertretung gemeinsam. — Leo Schleyer, Charlottenburg, Goethestr. 9. Inh. ist Leo Schleyer — Schlochau u. Sohn, Zentralmarkthalle, Ge. Sind Arndt u. Moritz Schlochau, Weiss, Gerhardstr. 9. Inh. ist Benno Weiss. — Salli Mendheim, Turmstr. 66. Inh. ist Salli Mendheim. — Max Rüdiger, Zentralmarkthalle, 10. Inh. ist Max Rüdiger. — Marta Schneebaum, Diefelbacher Str. 56. Inh. ist Marta Schneebaum geb. Neumann. — Jenny Winterfeld, Nene Schönhauser Str. 8. Inh. ist Jenny Winterfeld geb. Jacoby. Prokurist Louis Winterfeld. — Moritz Weiss, Am Ostbahnhof 2. Inh. ist Moritz Weiss. Prokurist Gertrud Weiss. — Wolf Zucker, Scheffelstr. 22. Inh. ist Wolf Zucker. — C. Lindenberg, Fritz Lindenbergs, ist ausgeschieden. — Frau Margarete Liefekette, Wilhelm Liefekette ist eingetretten. Vertretung nur Margarete u. Wilhelm Liefekette, jeder für sich. — Vincenz Lanza, Otto Wolff ist ausgeschieden. — Otto Stiege, Julius Freund ist eingetretten. Beginn 6. 10. 16. — D. Segal Inh.: Hermann Goldner lautet die Firma jetzt, Inh. ist Hermann Goldner, seine Prokura ist gelöscht, Prokurist Caroline Goldner, Prast & Mamforth, Am 10. 10. 16. — Georg Jacobowitz eingetretten; Vertretung nur letzterer. — Karl Winkler & Co. Prokurist Louise Reiner. — Joachim Levy, Prokurist Sally Loewenberg. Abt. B. Deutsches Elektro-Stahl-Werk Akt.-Ges. Otto Mittag ist nicht mehr Vorstandsmitglied. — Berlin-Burger-

Eisenwerk Akt.-Ges. Die Satzung ist geändert. — Anton & Alfred Lehmann, Akt.-Ges. Hans Gramms, bisher stellvertretender Vorstandsmitglied, ist jetzt ordentliches Vorstandsmitglied. — Vereinigte Werkstätten für Kunst in Handwerk Akt.-Ges. Die Satzung ist geändert.

Amerikanische Kabel-Telegramme.

New-York, 13. Oktober. (Privat-Kabeltelegramm.)

Tendenz Gold	13. 10.	11. 10.	Norfolk u. Western	13. 10.	11. 10.
Geld a 24 Stunden	3 1/2	3 1/2	Norfolk Pacific	110 1/2	110 1/2
Geld a 24 Stund. 1. D.	3 1/2	3 1/2	Pennsylvania	105 1/2	105 1/2
Weschs. Berl./Sicht	70 1/2	70 1/2	Reading	57 1/2	57 1/2
do. Paris (Sicht)	5,8450	5,8475	Chic. R. Isl. Pac. Railw.	92 1/2	92 1/2
do. Lond. (60 T.)	4,7125	4,7125	Southern Pacific	99 1/2	99 1/2
Cable Transfers	4,7355	4,7355	do. do. pref.	27 1/2	27 1/2
Silber Bullion	87 1/2	87 1/2	Union Pacific	148 1/2	148 1/2
North Pacific 3/4 Bds.	66 1/2	66 1/2	do. do. pref.	82 1/2	82 1/2
San Franc. 4 1/2 Bds.	83	80	Wabash pref.	62	62
Sau Franc. 5 1/2 Bds.	72 1/2	72 1/2	Western Maryland	68 1/2	68 1/2
South Pacific 4 1/2 Bds.	88	91	American Can.	30 1/2	30 1/2
Atchison 4 1/2 Bds.	105	105 1/2	American Foundry	63 1/2	63 1/2
Baltimore u. Ohio	87	87 1/2	American Locomotive	74 1/2	74 1/2
Canadian Pacific	175 1/2	175 1/2	American Smelting Ref.	105 1/2	105 1/2
Chicago, Milwaukie	94 1/2	94 1/2	American Sugar Ref.	90 1/2	90 1/2
Denver u. Rio Grande	16	17	Anac. Copper Mining	50 1/2	50 1/2
Erie	37 1/2	37 1/2	Bethlehem Steel	525	525
Erie ist pref.	52 1/2	52 1/2	Central Leather	78 1/2	78 1/2
Great Northern pref.	83 1/2	83 1/2	Consolidated Gas	140 1/2	140 1/2
do. Ore Certif.	40 1/2	40 1/2	General Electric	115	115
Illinois Central	167	167	Internat. Harvester	115	115
Interborough Condel.	17 1/2	17 1/2	Internat. Mercant. Comp.	36 1/2	36 1/2
Lehigh Valley	83 1/2	83 1/2	National Lead pref.	105 1/2	105 1/2
Louisville u. Nashv.	136	136 1/2	Western Union	67 1/2	67 1/2
Missouri, Kans. u. Tex.	4 1/2	4 1/2	Repub. Iron u. Steel	108 1/2	108 1/2
Nat. Railw. Mexiko pr.	6 1/2	7 B	Unit. Stat. Steel Corp.	129	129
Nissouri Pacific	3 1/2	4 1/2	Utah Copper	129	129
do. do. do.	107 1/2	107 1/2	Virg. Carolina Chem.	41 1/2	41 1/2
N.Y. Ontario West.	25 1/2	27 1/2			

Chicago, 13. Oktober. (Privat-Kabeltelegramm.)

Weizen behauptet	13. 10.	11. 10.	Hafer Dezbr.	13. 10.	11. 10.
do. Dezember	158 1/2	158 1/2	Schmalz Dezbr.	14.15	14.15
do. Mai	115	115	Schmalz Febr.	23.85	23.75
do. Juli	133 1/2	133	Schweinef. Bez.	89.75	89.75
Mais behauptet	77	76 1/2	Hippen Dez.	94.00	94.00
do. Dezember	77	76 1/2	Speck short rib.	156.00	156.00
do. Mai	78 1/2	78 1/2	Schweinef. I.West.	44.00	44.00
do. Juli	107 1/2	107 1/2	do. in Chicago	23.00	23.00
N.Y. Ontario West.	25 1/2	27 1/2			

Wochen-Spielplan deutscher Bühnen.

Spielplan von Sonntag, den 15. Oktober bis Montag, den 23. Oktober.

Stadt	Bühne	Sonntag 15.	Montag 16.	Dienstag 17.	Mittwoch 18.	Donnerstag 19.	Freitag 20.	Sonabend 21.	Sonntag 22.	Montag 23.
Hannover	Königliches Theater	Taanhäuser	Wilhelm Tell	Fidelio	1. Abonnementskonzert	79. Uhr: Der Widerspenstige Zähmung	Aida	2. Cajus der Leibknecht	Stegfried	Cajus der Leibknecht
Kassel	Königl. Schauspiele	6 Uhr: Tristan und Isolde	7 1/2 Uhr: Valentin	8 1/2 Uhr: Hochzeit	9 1/2 Uhr: Hochzeit	10 1/2 Uhr: Hochzeit	11 1/2 Uhr: Hochzeit	12 1/2 Uhr: Hochzeit	13 1/2 Uhr: Hochzeit	14 1/2 Uhr: Hochzeit
Leipzig	Schauspielhaus	Am Jarm. I. Palast	7 Uhr: Frühlingserwachen	8 1/2 Uhr: Frühlingserwachen	9 1/2 Uhr: Frühlingserwachen	10 1/2 Uhr: Frühlingserwachen	11 1/2 Uhr: Frühlingserwachen	12 1/2 Uhr: Frühlingserwachen	13 1/2 Uhr: Frühlingserwachen	14 1/2 Uhr: Frühlingserwachen
Wiesbaden	Kgl. Schauspiele	7 Uhr: Oberon	8 1/2 Uhr: Onkel Bernhard	9 1/2 Uhr: Das Dreimäderlein	10 1/2 Uhr: 1. Symphoniekonzert	11 1/2 Uhr: Der Waffenschmidt	12 1/2 Uhr: Wie es Euch gefällt	13 1/2 Uhr: Der Waffenschmidt	14 1/2 Uhr: Der Waffenschmidt	15 1/2 Uhr: Der Waffenschmidt

HERZOG ERNST AUGUST

CONSTANTIN CIGARETTE

KNaute, Nachod & Kühne

Bankgeschäft LEIPZIG

Bücherrevisor

Th. Hummel, Berlin-Steglitz, Albrechtstr. 135. Persönliche Erledigung aller einschlägigen Arbeiten. Fernsp. Steglitz 2855.

Misch-, Knet-, Sieb-, Reib- u. Zerkleinerungsmaschinen.

Georg Daab, Berlin-Dirschauerstr. 10.

Koks

für Zentralheizung prompt u. preiswert
Berliner Kohlen- u. Holz-Gesellschaft m.B.H. Preisliste Nr. 15. Berl. 6215.

Herren-Speise-Schlafzimmer

Wohnmöbel in Stoff, Leder, Rattan, Mahagoni, gebiegen, eigene Fabrik, alle Preise fest. Für erprobte Fabrikate und Muster, sowie Beratung in allen Angelegenheiten bis 20% Rabatt unter jetzigen Tagespreisen. Befriedigung im Preisgebäude. Abbildungen gratis.
F. Zech, O. A. 1859. Mehrspr. 11.

Ziehung 3. und 4. November

Geld-Lotterie

der Allgemeinen Deutschen
Pensionsanstalt für Lehrer und Lehrinnen
200000 Lose, 6633 Geldgewinne — M.

Hauptgewinne sind:
200000
75000
30000
10000

Bar ohne Abzug zahlbar.
Lose 3 M. überall erhältlich.
Verband Königl. Preuss. Lotterie-Einnehmer
Berlin C. 2, Burgstraße 27.

Briefmarken-Sammlung kauft
E. Ribben, Jägerstr. 69/70.

Bei Kopfschmerz

Hofapotheker Otto Arnoville bevozugt
D.-R.-P. 234 931

Hygiene der Ehe

Aerztlicher Führer für Braut- und Eheleute von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg.

Aus d. Inhalt: Ueber d. Frauen-Organ. Körperliche Ehefähigkeit u. Unfähigkeit. Gebär- u. Still-Fähigkeit. Frauen, die besser nicht heiraten sollten etc. — Enthaltsamkeit u. Ausschweifungen von d. Ehe. Krankheiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten. Ursachen u. Heilung der Ehelosigkeit. — Körperliche Leiden der Ehefrau. Vorbeugung u. Anstehungsschutz etc. — Körperliche Leiden der Ehefrau. Ursachen u. Heilung der Ehelosigkeit. Gefahren später Ehe für die Frau. Neurasthenie u. Ehelosigkeit. Hysterische Anfälle. Hygiene des Nervensystems bei Mann u. Frau etc. — Bezug resp. Einseitig. v. M. — (auch in Scheiden) froo od. Nachn. durch Medizin. Verlag Dr. V. Schweizer & Co., Berlin NW 87a, Repkowitzplatz 5.

Haut-, Blasen-, Frauenleiden

geniale Erregungsmittel für Syphilis.

Aufkl. Brosch. 55 über rasche und gründl. Heilung von Unterleibsleiden ohne Fernberatung, ohne Rückfall. Direkt versch. 3, 1, 20.
Ambulatorium für Spezialarzt Dr. med. Thiesgen's.
Biochemisches Heilverfahren.
Aerztlicher Leiter: Spezialarzt Dr. med. Hollander.
BERLIN W 8, L. O. P. I. C. S. R. 11. S. 108.
Tgl. 11—1. 5—7. ausserdem Dienstags u. Freitags 8—9. Sonntags 11—1.

Nordische Gemälde

gegen sofortige Kasse im Auftr. e. Sammler gesucht, vornehm. Munthe, Askovold, Gude, Munch, Lilljors, Kroeyer, Hammer, Zorn, Tilenand, Normann, van Heyerstaal, Moorten-Müller, Chr. Eekersberg, Thaulow u. a. m. U. d. Linden 27 (neben Café) Tel. Z. 894.

Kunstsalon Rheinland, Berlin, U. d. Linden 27

gegen sofortige Kasse im Auftr. e. Sammler gesucht, vornehm. Munthe, Askovold, Gude, Munch, Lilljors, Kroeyer, Hammer, Zorn, Tilenand, Normann, van Heyerstaal, Moorten-Müller, Chr. Eekersberg, Thaulow u. a. m. U. d. Linden 27 (neben Café) Tel. Z. 894.

Virtuola

Kunstspiel-Planos u. Flügel, Fiaschett, oder elektrisch oder beides vereinigt. Künstlerische Wiederherstellung von Instrumenten.
Römhild-Wohlbrand, Söhne A.-G., Berlin W. Leipzigstr. 119/120. 1. St.

Attirenom, erstkl. Reisebüro

in Provinzstadt mit gr. Familienverkehr, auch Kriegszug fähig, gehend, Familienverh. halber verkehrlich, oder an nachwüchsl. tüchtige, kautionsfähige Eheleute verpachtet. Ref. erbithe! Näheres unter J. A. 7765 dur. Reichs-Postamt, Berlin SW. 11. M. J. 1916.

Zigaretten

direkt a. d. Fabrik (sehr. 1908) Desheroli — die beliebteste Gattung — 10008. 1.8 P.M. 14. — mit Steuer 1000 — 3 P.M. 19.50 — mit Steuer 1000 — 4 P.M. 25. — mit Steuer 1000 — 6 P.M. 41. — Verk. u. Vers. nach, zuzgl. Porto v. 25 M. Vers. ins Feld u. Voreins. d. Betr. 50 M. 8. 8. 8. Zigaretten-Fabrik Desheroli M. Dossen, Berlin NO. 48, Neptunstr. 24. U. d. A. Alexanderstr.